

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 12

Artikel: Rückblick auf das zweite Halbjahr 1970 : bedrohte Lebensgrundlagen ; Keine Rangordnung der Aufgaben ; die sog. Vietnamisierung des Indochina-Krieges ; Unfähige Regierungen in Katastrophen-Situationen ; Papstbesuch im Fernen Osten ; Japan : Reaktion im V...

Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141816>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bedrohte Lebensgrundlagen

Die Symptome für eine heranziehende schwere Krise, diesmal der gesamten Menschheit, vermehrten sich auch im vergangenen Halbjahr. Das «Umweltverschmutzungs»-Bewusstsein hat sich allenthalben erhöht, Japan und Hessen haben sogar inzwischen Ministerien für den Umweltschutz eingerichtet. Bundeskanzler Willy Brandt erklärte Ende November zu Recht, dass die Umweltverschmutzung die Basis unseres menschlichen Lebens selbst angreift. Inzwischen treffen aber immer wieder Katastrophennachrichten aus aller Welt ein, vor allem über den raschen Vergiftungsprozess der grossen Gewässer und Meere. Nachrichten vom Meer sind seit geraumer Zeit, wie eine bundesdeutsche Tageszeitung bemerkte, neuerdings immer nur schlechte Nachrichten. An effektiven Taten geschieht jedoch, für den politischen Normalverbraucher jedenfalls erkennbar, nur sehr wenig.

So dauert die paradoxe Situation an, dass Wissenschaftler davon träumen, die Weltmeere als Rohstoff und Nahrungsreserve für eine rasch wachsende Weltbevölkerung zu erschliessen, während die gleichen Meere unter unseren Augen «umzukippen», also biologisch zu sterben, drohen ganz abgesehen davon, dass auch die Süswasservorräte immer weiter zur Neige gehen. Wenn die Menschheit nicht alle intellektuellen Ressourcen rasch und wirkungsvoll mobilisiert, um den Kampf für ein sinnvolles Weiterleben unter erträglichen Lebensbedingungen zu gewinnen, so könnte die Menschheit in absehbarer Zeit an der Dialektik einer von ihr selbst in Gang gesetzten Dynamik der Natur zugrunde gehen: Jahrhundertlang, zuletzt noch seit dem Auftreten des Marxismus zu Beginn der Industrialisierung, fasste der Mensch sein Verhältnis zur natürlichen Umgebung als Kampf zu deren Unterwerfung und Beherrschung auf. Je mehr die moderne Wissenschaft in die Geheimnisse dieser Natur eindrang, und die moderne Technik das neue Wissen für die Ökonomie zur rationellen Verwertung umsetzte, um so mehr drang der Mensch zu den Quellen seiner Selbstzerstörung vor. Chemie, Atomphysik, Astrophysik, Biologie usw. sind den letzten Rätseln der menschlichen und universalen Existenz auf den Spuren, der Entstehung des Sonnensystems wie des Lebens, in einem Zeitpunkt, da die Menschheit sich jeden Augenblick selbst plötzlich in die Luft sprengen oder die Menschheit allmählich am schleichenden Erstickungstod ihrer eigenen Produkte zugrunde gehen kann. Das ist kein reaktionärer Kulturpessimismus traditioneller Art, sondern die Warnung vor (inzwischen zum Gemeinplatz gewordenen) Gefahren, woraus sich allerdings sehr konkrete politische und praktische Aufgaben für die nächsten Jahrzehnte ergeben, unabhängig von jeder sogenannten «Ideologie».

Keine Rangordnung der Aufgaben Gerade unter solchen universalen Perspektiven wird das Gezänk um untergeordnete Punkte doppelt lästig und gemeingefährlich, wie es reaktionäre Politiker auch im letzten Halbjahr vor-exerzierten, so Nixon um Vietnam oder Strauss-Kiesinger um die Gebiete östlich der Oder-Neisse-Grenze. Sie kommen einem mehr denn je als kläffende Köter in der Weltpolitik vor, die mit ihrem primitiven Zielen und Methoden die Menschheit nur von der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben abhalten.

Die sog. Vietnamisierung des Indochina-Krieges Hinter dem trügerischen Rauchs Schleier des amerikanischen «Disengagement» in Vietnam, der «Vietnamisierung» des Vietnamkrieges geht in Wirklichkeit der inzwischen schon fast vergessene Krieg in Indochina weiter. Die amerikanische Invasion in Kambodscha, seinerzeit erstmals in der amerikanischen Geschichte ohne einen Schatten völkerrechtlicher Begründung vorgenommen, hat die amerikanische Vernichtungs- und Todesmaschine weiterhin auf dieses unglückliche Land ausgedehnt. Allerdings führen die Amerikaner weitgehend einen Stellvertreterkrieg mit Hilfe der südvietnamesischen Armee, die für sie politisch wie finanziell zunächst viel weniger kostspielig ist. Ausserdem hat die Invasion in Kambodscha den «Vorteil», dass nunmehr die südvietnamesische Armee den historischen Überlegenheitskomplex der Vietnamesen gegenüber den Kambodschanern und den schon chronischen Minderwertigkeitskomplexen der vietnamesischen Armee, den sie aus den ständigen Niederlagen gegenüber der vietnamesischen Befreiungsarmee bezogen hat, kompensieren kann, wenn auch auf Kosten der armen Kambodschaner. Durch die Ausweitung des Schlachtfeldes auf Kambodscha werden die USA allerdings das Ausmass ihrer sicheren Niederlage nur entsprechend vergrössern, den Zeitpunkt des offenen Eingeständnisses der Niederlage allenfalls hinauszögern. Die revolutionären Rückwirkungen auf Südostasien – von Pakistan bis zu den Philippinen – werden dann um so massiver sein, je später sich die Amerikaner aus Vietnam zurückziehen.

Unfähige Regierungen in Katastrophen-Situationen Die bevorstehende Revolution im südlichen Asien wird also weitgehend vom Verhalten der Amerikaner dialektisch bestimmt werden: sie kommt zwar so sicher wie ein Naturereignis, aber ihre Modalitäten müssten sich durch eine vernünftige und vorausschauende Politik weitgehend bestimmen lassen. Umgekehrt hat eine scheinbar blindwütige Naturkatastrophe im südlichen Asien – die Flutkatastrophe am bengalischen Golf – letzten Endes eine politische Ursache: die permanente Ausbeutung des volkreichen Ostpakistans durch die herrschende Klasse im rund 3000 Kilometer

entfernt liegenden Westpakistan, die damit einhergehende Vernachlässigung Ostpakistans, wie sie sich unter anderem in der Weigerung der pakistanischen Zentralregierung ausdrückt, zureichende Schutzdeiche für das niedrig gelegene Land am Gangesdelta zu errichten. Statt dessen verschanzte sich der pakistanische Staatspräsident hinter Allah und der Notwendigkeit des Gebets zu ihm. Und er fügt nach dem Schaden und dem Spott für die Betroffenen nachträglich einen weiteren Schaden hinzu, indem die pakistanischen Zentralbehörden die elementarsten Hilfsmassnahmen verzögerten, wie Entsendung von Hubschraubern zur Verteilung von Lebensmitteln, Medikamenten usw. Betrübtlich, dass die indische Zentralregierung in dieser extremen Not-situation mit kleinlichen Schikanen die Hilfsmassnahmen behinderte, zum Beispiel durch ein Verbot des Überfliegens des indischen Luft-raumes durch pakistanische Flugzeuge.

Papstbesuch im Fernen Osten Eine Entspannung findet die sich hinter der Religion tarnende re-
aktionäre Politik der herrschenden Klasse in Pakistan, auf den Philip-pinen, wie der Papstbesuch Ende November 1970 drastisch zeigte: das soziale Elend der philippinischen Gesellschaft wird durch die Be-geisterung für den Papst übertüncht, der für die gleichen jubelnden Massen nichts weiter als fromme Sprüche und magische Beschwörungs-formeln bereithält. Kein Wunder, dass die seit zwei Jahren neu auf-geflamte Aktivität sozialrevolutionärer Gruppen auf den Philip-pinen, der sogenannten Huks, neuerdings bis zu lokalen und regio-nalen Partisanenkämpfen angewachsen ist.

Auf den Philippinen und in Pakistan wurde im November 1970 so offen und zynisch wie selten zuvor die Berechtigung für die schnei-dende Kritik demonstriert, die in dem bekannten Wort liegt, die Reli-gion sei Opium für das Volk. Hier wurde die Religion, deren Haupt-inhalt die Vertröstung auf ein ungewisses Jenseits darstellt, tatsächlich in einem schon skandalösen Ausmass zur Verschleierung der Fakten und zur Stabilisierung des politischen und sozialen Status quo miss-braucht.

Japan: Reaktion im Vormarsch Wenig erfreulich war auch die
politische Entwicklung in Ja-pan. Auch hier drängen wieder reaktionäre Elemente hinter dem Schleier der Religion in den Vordergrund, wie zuletzt das spektakuläre Harakiri eines rechtsextremen, aber literarisch bedeutenden japani-schen Schriftstellers nahelegt. Die Warnungen vor einer neuen Phase japanischer Machtpolitik, wie sie an dieser Stelle schon früher ausge-sprochen wurden («Neue Wege», Jan. 1970, S. 32), haben sich mit dem offenen und unverhüllten Drängen der neuen japanischen Regie-rung nach japanischen Atomwaffen nur zu schnell bestätigt. Der japa-nische Imperialismus begnügt sich also schon nicht mehr, seine in-

hektischer und letzten Endes selbstzerstörerischer Aktivität aufgeblähte Wirtschaftsmacht (gerade in Japan lassen sich neuerdings die Gefahren der Umweltzerstörung durch eine forcierte Industrialisierung besonders anschaulich vorführen) politisch umzusetzen, sondern strebt offenbar die politische Beherrschung von Südostasien auch mit «anderen» Mitteln wieder an, mag die herrschende Klasse in Japan noch so sehr ihre friedlichen Absichten beteuern. Das haben bisher noch alle potentiellen Aggressoren getan. Von Japan aus scheinen also in naher Zukunft handfeste politische Gefahren auszugehen.

USA: Schleicher Bürgerkrieg Die USA, Japans Hauptverbündeter, schien im Wahlkampf für die Kongresswahlen ebenfalls eine Wendung zur Reaktion durchzumachen. Vizepräsident Agnew führte den Wahlkampf mit aller Erbitterung gegen Intellektuelle und Liberale. Das Wahlergebnis brachte jedoch überraschenderweise eher eine Niederlage für die ultra-konservative Rechte. Trotzdem hat Präsident Nixon Ende November seinen Innenminister Hickels, der Nixon im Frühjahr 1970 – im Zusammenhang mit den studentischen Protesten gegen die Invasion in Kambodscha – vor eben dieser konservativen Machtpolitik und ihren selbstzerstörerischen Konsequenzen nach innen gewarnt hatte, brüsk entlassen. Die Begründung: keine ausreichende Vertrauensbasis mehr.

Die innere Selbstzerstörung Amerikas macht also offenbar weiterhin Fortschritte. Darauf deutet auch die systematische Repressionskampagne gegen die Black Panthers hin. Amerika treibt weiterhin in eine Situation des schleichenden Bürgerkrieges hinein. Nach zusammenfassenden Pressemitteilungen aus den USA herrscht dort bereits eine Art Kleinkrieg zwischen der Polizei und bewaffneten Gruppen von Afro-Amerikanern und Weissen. Auf das Konto solcher Gruppen, die an der Lernfähigkeit und Reformfähigkeit der amerikanischen Gesellschaft endgültig verzweifeln, gehen auch die inzwischen Tausende von Bomben- und Dynamitanschlägen gegen Gebäude der etablierten Macht, amtliche (Polizeistationen, Gerichtsgebäude) wie nichtamtliche (Banken, Büros grosser Konzerne usw.). Durch das Festhalten an einer ultra-konservativen Linie nach innen (Verzicht auf Reformen und Repression der Black Panthers) wie nach aussen (Kambodscha, Vietnam) manövriert Nixon die stärkste Weltmacht aller Zeiten weiter in die innen- wie aussenpolitische Katastrophe.

England: Scharfe Wendung nach rechts – Zunehmender Rassismus Die zu erwartende scharfe Wende nach rechts hat auch England unter der neuen konservativen Regierung Heath genommen. Die Aufhebung des Waffenembargos nach Südafrika, die erste aussenpolitische Entscheidung der neuen Regierung, war nur ein erstes Symptom. Inzwischen haben die Tories mit ihrem neuen Budget einen harten innenpolitischen Kurs

zur faktischen Demontage des Wohlfahrtsstaates eingeschlagen. Verschärfte Arbeitslosigkeit und damit wachsende Verbitterung werden die Folge sein. Mit der Anwesenheit von einer Million Farbigen haben die Konservativen bereits den willkommenen Sündenbock zur Ablenkung von ihrer eigenen reaktionären Politik im Lande, so dass wir mit einer Verschärfung des an sich schon unerfreulichen Klimas in der sogenannten Rassenfrage zu rechnen haben. In den alten Kernen der englischen Industriestädte haben sich ohnehin in den letzten Jahren bereits Zustände wie in den grossen «Ghettos» der USA entwickelt, wenn auch in kleineren Dimensionen. Grundsätzlich dürfte aber unter dem Druck des ökonomischen Niedergangs und der sozialen Unzufriedenheit die konservative Regierung dem Drängen des rechten Flügels der Konservativen nachgeben und noch stärker zu einer rassistischen Politik der Diskriminierung übergehen. Die Folgen wären innenwie aussenpolitisch verheerend: die Labour Party, die schon in ihrer Regierungszeit unter Wilson allzu viele Konzessionen in der Richtung des von Enoch Powell repräsentierten und geführten britischen Rassismus gemacht hatte, wird kaum diesem Druck widerstehen können, wenn sie nicht noch mehr von ihren traditionellen Anhängern gerade in den Industriestädten an die Konservativen verlieren will. Aussenpolitisch dürfte eine Verschärfung des Kurses gegenüber den farbigen Minderheiten in England auch das formale Ende des bereits faktisch gestorbenen Commonwealth bringen.

Ausweisung Dutschkes Ein weiteres Indiz für die neue Rechtsentwicklung in England ist die schikanöse Ausweisung von Rudi Dutschke aus England, der in Cambridge still vor sich hin promovierte, um sich endgültig von den Folgen des Attentats auf ihn zu erholen. Bisher waren englische Konservative erheblich liberaler und grosszügiger als Konservative auf dem Kontinent. Mit ihrer jämmerlichen Aktion gegen das Opfer eines feigen Mordanschlages von rechts hat die neue konservative Regierung Heath die grosse Tradition Englands als Asyl für politisch Verfolgte jäh in Frage gestellt.

Frankreich ohne de Gaulle Nicht minder beunruhigend war die innenpolitische Entwicklung Frankreichs unter Staatspräsident Pompidou und seinem Ministerpräsidenten Chaban-Delmas. In der Aussenpolitik unterstützt Frankreich zwar, hier noch in der Tradition des späten de Gaulle, der Ende Oktober 1970 starb, die neue Ostpolitik der Bundesrepublik. Aber nach innen hat mit der systematischen Jagd auf die Führer des Mai 1968 und der schikanösen Polizeikampagne gegen die Anhänger der Linken links von der KPF eine Phase reaktionärer Politik eingesetzt, die vermutlich ihre Rückwirkungen auch auf die umliegenden europäischen Länder haben wird.

BRD: Fortschrittliche Ostpolitik der Regierung

In der Bundesrepublik bereitet sich eine entsprechende Wendung nach rechts vor, zum Glück vorläufig noch aus der Opposition heraus. Unter Führung von Franz-Josef Strauss, gestützt auf seine Hausmacht in Bayern, die CSU, bereitet die Rechte in der Bundesrepublik den grossangelegten und grossangekündigten «Sturm auf Bonn» vor. Die CDU/CSU, die in der Opposition zunächst zwischen einem relativen Linkskurs und einem harten Rechtskurs schwankte, mit Barzel als opportunistischem Vermittler in der Mitte, scheint nunmehr dem energischen Drängen von Strauss nachgegeben zu haben. Strauss ist der härteste und konsequenteste Exponent einer Neuauflage der Harzburger Front von 1931. Er hat selbst zum nationalen Widerstand gegen die Bonner Regierung aufgerufen und seine CSU als die «grosse Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes» empfohlen und nach rechts weit geöffnet. Andere Landesverbände der CDU sind ihm darin gefolgt, mit bemerkenswertem Erfolg: in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern hat die CDU bzw. CSU ihren Stimmenanteil bei den Landtagswahlen vom 14. Juni bzw. im Kampf mit CDU/CSU im November 1970 drastisch erhöht, in Hessen, wo die CDU allerdings einen besonders starken Nachholbedarf hatte, in geradezu dramatischem Umfang (Zuwachs gegenüber 1966: 13,3 Prozent). Der Stimmenzuwachs der CDU/CSU speiste sich im wesentlichen aus den Stimmen der 1970 nicht mehr kandidierenden rechts eingestellten Gesamtdeutschen Partei (BHE), den Verlusten der NPD und aus dem rechten Flügel der FDP, während die SPD in Hessen und Bayern Stimmen an die FDP abgab, vermutlich vor allem aus bundespolitischen Gründen, um so die FDP und die Koalition in Bonn zu stärken. Dieses Phänomen ist vor allem in dem industriereichen Gebiet Südhessens von Wiesbaden über Frankfurt bis Hanau zu beobachten, wo die Verluste der SPD besonders stark, regionale Gewinne der FDP ebenso entsprechend gross waren. Persönliche Beobachtungen und die politische Logik legen nahe, dass diesmal besonders jüngere Linksozialisten bewusst SPD gewählt haben, um die Koalition in Bonn zu erhalten, so dass es heute doppelt ungerecht ist, wegen des hessischen Wahlergebnisses nunmehr auf die Linke loszudreschen, wie das die Partei-Rechte in Hessen und Bayern offenbar tut. Fraktionsbildungen auf dem rechten Flügel der SPD in beiden Ländern und eine gereizte Polemik gegen Jungsozialisten und die Linke sind typische Symptome, die einer Parteispaltung voranzugehen pflegen.

Die bereits in einem früheren Bericht als möglich vermutete tiefgreifende Umstrukturierung der deutschen Parteien («Neue Wege», Juli/August 1970, S. 240) wurde möglicherweise auch durch den spektakulären Austritt der drei FDP-Bundestagsabgeordneten Mende, Starke und Zogelmann (nebst entsprechendem Anhang in verschiedenen Landesverbänden) aus der FDP und ihren Anschluss an die

CDU/CSU bzw. die versuchte Neugründung einer national-liberalen Rechtspartei in enge Anlehnung an Strauss und die CSU im Herbst 1970 weiter vorangetrieben. Neben der schon oben skizzierten innerparteilichen Rückwirkung der Landtagswahl in Hessen und Bayern auf die SPD scheint sich ein weiterer Vorgang auf die SPD explosiv auszuwirken: die Gründung des «Bund Freiheit der Wissenschaft» in Bonn-Godesberg, sinnigerweise am Buss- und Betttag. Denn in dieser Organisation konservativ-reaktionärer Hochschullehrer mit einigen liberalen Feigenblättern, assistiert von einigen prominenten Politikern (Gerhard Schröder, Gerhard Stoltenberg, beide CDU, und Hermann Schmitt-Vockenhausen, SPD) sind einige Mitglieder der SPD vertreten, vom Ex-Deutschnationalen Hans Herzfeld bis zum Ex-Kommunisten Richard Löwenthal. Die Frankfurter SPD, der Schmitt-Vockenhausen als prominentes Mitglied angehört, hat bereits die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zum «Bund Freiheit der Wissenschaft» und der SPD beschlossen, was einige Komplikationen nach sich ziehen wird. Ganz abgesehen von den möglichen Auswirkungen auf die SPD: das Auftreten der «Hochschul-NPD», wie der Bund bereits von linken Kritikern genannt wurde, war derart provokativ, dass eine weitere Polarisierung an den deutschen Hochschulen, jetzt auch unter den Hochschullehrern, verbündet mit Assistenten und Studenten, unvermeidlich ist.

Der «nationale Widerstand» gegen die SPD/FDP-Regierung entzündete sich jedoch, wie vorherzusehen war, an der neuen Ostpolitik. Hier waren die Veränderungen für die nationalkonservative Rechte in der Tat bestürzend rasch und einschneidend: Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 haben endlich die Fiktionen zerstört, an die sich die bundesdeutsche Politik seit einem Vierteljahrhundert klammerte. Die faktische Anerkennung der DDR und der Oder-Neisse-Grenze, politisch mindestens seit 1956 längst überfällig, löste zwar ein Wutgeheul auf rechtsaussen und ein gewisses nervöses Abbröckeln bei den rechten Flügelmännern der Koalition aus – Mende, Zogelmann; Hupka. Aber die Bundesregierung hat bis vor kurzem die Nerven behalten und ihren Kurs konsequent durchgehalten.

Wenn sie jetzt allerdings die jüngste Ankündigung von Aussenminister Walter Scheel, der bemerkenswert an Profil gewonnen hatte, wahrnehmen und als Antwort auf die jüngsten Verkehrsbehinderungen nach Berlin durch die DDR (als Antwort auf die nun wirklich provokative Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Westberlin) die Ratifizierung der beiden Ostverträge durch eine (faktisch die CDU/CSU) befriedigende Berlin-Lösung abhängig machen wollte, so würde er sich und seine Politik völlig in die Hand der Opposition geben. In Zukunft brauchte die CDU/CSU nur eine Sitzung in Westberlin anzuberaumen, damit Repressalien der DDR-Regierung provozieren, um somit jede vernünftige Initiative der Bundesregierung in Richtung

Osten zu blockieren. Das kann wohl nicht der Sinn der neuen Ostpolitik sein.

In der Konsequenz der neuen Ostpolitik läge auch eine radikale Überprüfung der amtlichen Sprachregeln und der Grenzziehung auf Karten, in Atlanten usw., ferner der bundesdeutschen Schulbücher. Gerade gegenüber der älteren polnischen Geschichte wäre hier manches in deutschen Köpfen an vergiftenden und wissenschaftlich unhaltbaren Legenden und Klischees auszuräumen.

Die gefährliche Rücksichtnahme auf die CDU/CSU, die sich im proklamierten Junktim zwischen Berlin-Lösung und Ostverträgen ankündigt, praktizierte die FDP im letzten halben Jahr in zunehmendem Masse auch in der Innen- und Gesellschaftspolitik. Die FDP fungiert mehr und mehr als innenpolitische Bremse, die alle vernünftigen Ansätze der SPD zu umfassenden Reformen nach Innen blockiert, immer mit dem Blick nach Rechts. Die FDP betreibt so eine gefährliche und selbstzerstörerische Politik: Die SPD/FDP-Koalition ist als eine Regierung der inneren Reformen angetreten und muss sich auf diesem Gebiet bewähren. So erfreulich die neue Ostpolitik ist, sie reicht nicht aus, um eine Koalition, die unter solch hohem Anspruch begonnen hat, mit so knapper Mehrheit eine ganze lange Legislaturperiode hindurch zu tragen. Wenn die FDP aus Angst vor der eigenen Courage, ihren früheren und wieder erhofften Geldgebern und ihren früheren Rechtswählern, die doch nicht mehr zu ihr zurückkehren würden, eine linke Reformpolitik systematisch blockiert, so macht sie sich als liberale Reformpartei überflüssig. Die Quittung würde sie spätestens bei den Bundestagswahlen 1973 erhalten, weil bereits 1969 fast ein Viertel, bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern vielleicht schon 40 Prozent der FDP-Stimmen von SPD-Wählern kamen, die mit einer differenzierten und nuancierenden Stimmabgabe den Sieg einer sozial-liberalen Mehrheit ermöglichen wollten. Sehen sie sich durch die konservative und obstruierende Innenpolitik der FDP enttäuscht, so würden sie zweifellos wieder direkt SPD wählen, auf die Gefahr hin, damit zunächst wieder der CDU/CSU (dank den NPD-Reserven) zu einer Mehrheit im Parlament zu verhelfen.

Neuer Kurs in Chile Zwei wichtige Gebiete sind bisher aus der Uebersicht herausgefallen, und sie seien – ohne näheren Zusammenhang – noch nachgetragen: Chile und der Nahe Osten. In Chile gewann der Kandidat einer Volksfront, der Sozialist Allende, endlich – nach mehrmaligem Anlauf – mit einer relativen Mehrheit bei der Wahl durch das Volk, mit einer absoluten Mehrheit durch das Parlament, die Präsidentschaft. Wenn man die Kommentare in manchen westlichen Presseorganen las, konnte man den Eindruck gewinnen, die westliche Welt gehe unter. Allende hatte einige Sozialisierungen angekündigt, und schon wurde die gesamte Reaktion nervös. Als besonders gefährlich erweist sich offenbar der

Programmpunkt, allen Schulkindern Chiles in Zukunft täglich einen Becher Milch zukommen zu lassen. Obwohl Allendes Wahlsieg und Regierungsübernahme nur eine an sich normale Konsequenz aus dem Anspruch demokratischer Regierungsform bildet, wetzte die Reaktion in der westlichen, ach so freien Welt die Messer: Rechts-Diktaturen in Lateinamerika und sonstwo sind offenbar normal bis wohl gelitten, aber eine auf parlamentarisch-demokratischem Weg zur Macht gekommene Volksfront-Regierung, die mit ihrem sozialistischen Programm auch noch Ernst machen will – die ist des Teufels. Eine eventuelle (und wohl erhoffte) gewaltsame Intervention des chilenischen Militärs wurde von vornherein als gerechtfertigt ausgewiesen, eine eventuelle Gegenwehr schon im voraus als linker Terror disqualifiziert. Die reaktionäre Rechte probt mit dem fernen Chile bereits psychologisch jenen Widerstand und Aufstand, den sie in der Bundesrepublik zum Beispiel seit einem halben Jahr propagiert und vielleicht auch zu exekutieren versuchen wird, falls die Reaktion merkt, dass sie mit normalen politischen Mitteln die Regierung Scheel-Brandt nicht stürzen kann.

Naher Osten: Friedensplan Rogers Schliesslich der Nahe Osten: Hier kam es, ausgehend von den inneren Polarisierungsprozessen in Israel, stärker aber noch im arabischen Lager als Antwort auf den sogenannten Friedensplan des amerikanischen Aussenministers Rogers, zu einer akuten Krisensituation, die, wenn die an sich normalen politischen Mechanismen ungehemmt hätten ablaufen können, bis zum Dritten Weltkrieg hätte eskalieren können. Der Rogers-Plan trieb in Israel die innere Polarisierung, wie sie mit der Goldmann-Initiative erstmals der Weltöffentlichkeit sichtbar geworden war («Neue Wege», Juli/Aug. 1970, S. 242), weiter voran bis auf Regierungsebene. Letzten Endes akzeptierte die israelische Regierung das Prinzip des dreimonatigen Waffenstillstandes am Suezkanal, aber nur unter heftigen internen Spannungen und nach Ausscheiden des chauvinistischen Rechtsblocks, der kurz vor Beginn des Sechstagekrieges 1967 in die Regierung aufgenommen worden war.

Sehr viel gravierender noch waren die Rückwirkungen des Rogers-Planes auf der arabischen Seite. Auch dort neigten die Gemässigten, Präsident Nasser und König Hussein, zur Annahme und damit zu einer politischen Lösung des Nahostkonflikts. Die Spannungen gegenüber den extremen Gegnern einer politischen Lösung, den palästinensischen Befreiungsorganisationen, steigerten sich so sehr, dass sie sich im September 1970 zum kurzen, aber heftigen Bürgerkrieg in Jordanien zwischen den Befreiungsorganisationen und der royalistischen Armee unter Hussein steigerten. Die Auseinandersetzungen, die unter anderem zum Blutbad und zur weitgehenden Zerstörung der Hauptstadt Amman durch die Beduinenarmee Husseins führten, endeten wieder einmal im ungewissen Patt zwischen beiden Kontrahenten. In die Ver-

mittlungsbemühungen schaltete sich auch Präsident Nasser ein, der am Ende darüber starb und im politischen Leben des Nahen Ostens eine vorläufig nicht auszufüllende klaffende Lücke hinterliess. Der prekäre Waffenstillstand am Suezkanal ist zwar noch einmal um drei Monate verlängert worden, aber beide Seiten umgehen ihn indirekt und stillschweigend, die Israelis durch ihnen im Fernsehen diskret vorgeführte massive Befestigungen, die Ägypter durch (von ihnen nicht sehr glaubhaft bestrittene) Installierung von sowjetischen Luftabwehrraketen vom Typ SAM-3. Beide Massnahmen haben defensiven Charakter, aber die israelischen – auf erobertem Gebiet – sind objektiv, wenn auch indirekt und verschleiert eher offensiver Natur. Die israelische Empörung über Luftabwehrraketen zum Schutz des ägyptischen Luftraums haben die gleiche Qualität wie die offizielle amerikanische Empörung über Luftabwehrbatterien in Nordvietnam, denn in beiden Fällen beanspruchen Israel bzw. die USA als ihr Recht, in ägyptischen bzw. nordvietnamesischen Luftraum einzudringen und von dort aus militärische Massnahmen durchzuführen, zumindest die Luftaufklärung.

Nahum Goldmanns Vorschlag Eine letzten Endes doch noch friedliche Lösung des Nahostkonflikts wird mit der Kumulierung militärischer Vorkehrungen und Aktionen immer schwieriger und wäre akademisch gesprochen nur noch denkbar, wenn Israel die vor seiner Gründung einst von vornherein verworfene Alternative eines wie auch immer gearteten gemeinsamen Staatswesens für Juden und Araber in Palästina nachträglich rasch und überzeugend akzeptieren und realisieren würde. Viel Zeit ist nicht mehr damit zu verlieren. Denn Goldmann erzielte im Frühjahr 1970 bei seinen Zuhörern die grösste Wirkung, als er sie mit folgender Alternative konfrontierte: Entweder akzeptiert Israel den Schiedsspruch der Weltmächte, oder es kommt über den Nahen Osten zum Dritten Weltkrieg – innerhalb eines Jahres – weil die Sowjets eine vierte militärische Niederlage der Araber nicht hinnehmen würden. Goldmann mag sich im Zeitmass irren, aber der jordanische Bürgerkrieg des Septembers 1970 hat bewiesen, dass er der Sache nach recht hat.

Immanuel Geiss